

Aufruf zur Kundgebung mit Presse-/Medientermin

*14. Mai 2024, 14 Uhr
Köln, Appellhofplatz
vor dem Verwaltungsgericht*

Am 14. Mai 2024 werden die Anwält*innen einer Anwohnerin mit Unterstützung der Initiative [kameras-stoppen.org](https://www.kameras-stoppen.org) die Klage gegen die Videoüberwachung in Köln-Kalk und Humboldt-Gremberg beim Verwaltungsgericht einreichen. Zu diesem Zweck laden wir Medienvertreter*innen vor Ort ein und werden ab 14 Uhr eine kurze Kundgebung abhalten.

Wir laden alle Unterstützer*innen dazu ein, zahlreich vorbei zu kommen, teilzunehmen und Transparente, Schilder und gebastelte Kameras gegen die polizeiliche Videoüberwachung mitzubringen. Wir wollen zeigen, dass die Klägerin, die stellvertretend die Klage für uns alle einreicht, nicht allein ist.

Mit der Klage gegen die Videoüberwachung in Kalk und Humboldt-Gremberg liegen dem Gericht dann sieben Klagen vor. Die anderen sechs beziehen sich auf die Bereiche Dom/Hbf., Ringe, Breslauer Platz, Ebertplatz, Neumarkt und Wiener Platz in Köln, die bereits 2018 und 2019 eingereicht worden waren. Keine der Klagen ist bis heute in der Hauptsache verhandelt worden.

Dennoch hat es in vorgelagerten Eilverfahren schon Fortschritte gegeben. So hat das Oberverwaltungsgericht (OVG) NRW der Polizei inzwischen untersagt, mit den Kameras in Privaträume, darunter auch Geschäfte, Büros, Praxen und Kanzleien, hineinzusehen. Fenster- und Türbereiche müssen schon von den Kameras unveränderbar unkenntlich gemacht werden. Zuvor hatte die Polizei Köln viele Privatbereiche in Innenräumen mitüberwacht.

Zudem wurde für Demonstrationen festgestellt, dass nicht nur die Versammlungen selbst, sondern die Versammlungsorte schon eine Stunde vorher und bis zu einer halben Stunde nach der Versammlung nicht gefilmt werden dürfen. Dies ist den Versammlungsteilnehmer*innen auch durch Sichtsperrern oder Wegdrehen der Kameras deutlich zu signalisieren.

Dennoch werden weiterhin zehntausende Menschen täglich durch die Videoüberwachung erfasst, ihr Bild identifizierbar ins Präsidium übertragen und für mindestens 14 Tage gespeichert. Die Videoüberwachung geschieht inzwischen mit 106 Kameras in Köln durchgehend, d.h. 24 Stunden an 7 Tagen die Woche. Niemand kann sich an den betroffenen Orten der Überwachung entziehen und niemand weiß, ob die Bildaufnahmen der eigenen Person nicht länger als 14 Tage gespeichert werden, weil im direkten Umfeld etwas Verdächtiges geschehen ist, das die Polizei veranlasst hat, die Bilder für noch längere Zeit zu sichern.

In Kalk und Humboldt-Gremberg wird mit über 20 Hektar nun seit 2022 das größte zusammenhängende Gebiet in Köln mit Kameras überwacht. Hier ist zum großen Teil Wohngebiet betroffen, in dem zudem ein hoher Anteil an Menschen mit internationaler Familiengeschichte lebt. Die technische Überwachung des öffentlichen Raums greift hier extrem in das Privatleben vieler tausend Menschen ein. Wie muss man sich in einer Wohnung in der Kalk-Mülheimer-Straße fühlen, auf die polizeiliche Kameras sowohl von der Vorderseite, als auch von der Rückseite gerichtet sind? Wo jeder Schritt aus der Wohnung heraus und in sie hinein erfasst und gespeichert wird? Dieses Horrorszenario ist in Kalk seit zwei Jahren Realität!

Informiert euch unter [kameras-stoppen.org](https://www.kameras-stoppen.org) und kommt vorbei am 14.5.2024 um 14 Uhr, Appellhofplatz. Seien wir viele und klar in unserer Haltung gegen staatliche Überwachung und für Freiheit.

